



„Mein Fokus liegt auf der Niederlassung“

Dr. Christian Deffner ist neuer FVDZ-Landesvorsitzender

Der FVDZ Bayern ist der größte berufspolitische Verband für Zahnärzte. Er stellt die Mehrheit in der Vertreterversammlung der KZVB und gestaltet so die Standespolitik entscheidend mit. Neuer Landesvorsitzender ist seit Kurzem Dr. Christian Deffner. Wir sprachen mit ihm über seine Ziele.

BZB: Herr Dr. Deffner, nachträglich herzlichen Glückwunsch zu Ihrer neuen Position an der Spitze des FVDZ Bayern. Wo befinden sich Ihre Wurzeln?

Deffner: Vielen Dank! Ich bin gebürtiger Augsburger, habe in Würzburg studiert und bin Unterfranken seither treu. Meine Praxis in Thüngen habe ich vor fast 20 Jahren neu gegründet und wohne mit meiner Familie in Lohr am Main. Standespolitisch bin ich seit vielen Jahren beim Freien Verband verwurzelt: In der Bezirksgruppe Unterfranken des FVDZ befindet sich sozusagen meine standespolitische Heimat. Einst hat mich Jürgen Welsch an die Standespolitik herangeführt und mir klargemacht, dass man sich engagieren muss, um etwas zu verändern. Wer nur klagt, bewegt nichts.

BZB: Was hat Sie denn bewogen, die Führung des größten Landesverbandes im FVDZ zu übernehmen?

Deffner: Noch vor einem Jahr hätte ich es mir nicht träumen lassen, dass ich ein-

mal ernsthaft darüber nachdenken werde, Führungsaufgaben im FVDZ-Landesverband Bayern zu übernehmen. Immerhin reden wir von einem rund 3000 Mitglieder starken Verband. Ich bin ein regionales Gewächs des FVDZ. Ich fühle mich in meiner Bezirksgruppe wohl, dort kenne ich jeden und verstehe die meisten meiner Kolleginnen und Kollegen. Aber ich drücke mich auch nicht vor Verantwortung. Nachdem ich viele Gespräche – insbesondere mit Jens Kober – geführt habe, ist ein Keim aufgegangen und gewachsen. Ja, ich möchte im Landesvorstand Verantwortung übernehmen.

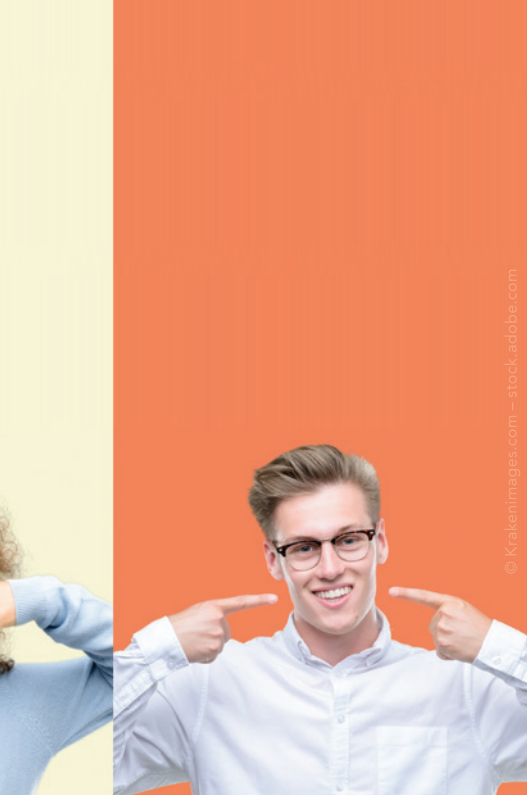
BZB: Welche Ziele haben Sie sich für die kommenden zwei Jahre Ihrer Amtszeit gesteckt?

Deffner: Mein Fokus liegt klar auf der Niederlassung, sprich die von politischen und gesetzgeberischen Gängeleien freie Zahnarztpraxis und auf der Therapiefreiheit, die nur uns Zahnärztinnen und Zahnärzte sowie unsere Patientinnen und Patienten angeht. Die Existenz der Nieder-

gelassenen in eigener Zahnarztpraxis ist mehr bedroht als je zuvor. Der Bundesgesundheitsminister redet sein Krankenhausreformgesetz zwar schön, indem er von Ambulantisierung spricht, aber Stationarisierung meint. Schauen Sie sich die Inhalte des Krankenhausreformgesetzes und flankierend des Krankenhaustransparenzgesetzes mal an. Es trifft auch uns Zahnärztinnen und Zahnärzte, denn die Neuordnung der Versorgung durch die Klinikreform zielt auf die Neustrukturierung und damit Stärkung des stationären Sektors.

BZB: Wie wollen Sie dieses Ziel umsetzen?

Deffner: Leider wirkt sich die deutsche Gesundheitspolitik nicht förderlich auf die Niederlassungsfreude unseres zahnärztlichen Nachwuchses aus. Das bereitet mir wirklich Sorge. Ein Rezept habe ich nicht, aber der Dialog mit den jungen Kolleginnen und Kollegen muss aus meiner Sicht ein zentrales Thema der nächsten Jahre sein: zuhören, Ratschläge geben, unter-



stützen, aber nicht besser wissen! An dieser Stelle baue ich stark auf die Mitarbeit und den Input, die Ideen unseres verjüngten Landesvorstands.

Wir wollen auch in Zukunft eigenständig und freiberuflich arbeiten können. Das geht einher mit dem Erhalt der wohnortnahen zahnmedizinischen Versorgung in Bayern – insbesondere auf dem flachen Land. Vielleicht müssen wir mit offenen Augen auch auf andere Player im Markt schauen. Was wollen andere Dienstleister oder „Leistungserbringer“ im Gesundheitswesen und wie erfolgreich sind sie dabei? Auch hier sollten wir über unseren zahnärztlichen Tellerrand hinausblicken und den Dialog wagen.

Wir müssen gemeinsam mit dem FVDZ-Bund, der KZBV und der BZÄK daran arbeiten, den Bundesgesundheitsminister zu sensibilisieren, die Budgetierung wieder aufzuheben und den GOZ-Punktwert endlich anzuheben. Auf bayerischer Ebene konnte erfreulicherweise das Problem mit der AOK ja fürs Erste gelöst werden. Hier müssen wir am Ball bleiben. Die geplante Kundgebung von Kammer und regionalen Vereinen in München am 12.6. möge auch in Berlin Augen und Ohren öffnen. Das sind meine primären Ziele, für die ich mich als Landesvorsitzender mit zwei außerordentlich engagierten Stellvertretern – Thomas Sommerer und Romana Krapf – tatkräftig einsetzen werde. Auch wenn es aufgrund der jahrzehntelangen Nichtanhebung des GOZ-Punktwertes

utopisch klingt, aber wer kein Ziel hat, weiß auch nicht, wofür er kämpfen soll.

BZB: Was steht akut bei Ihnen auf der To-do-Liste?

Deffner: Die Landesversammlung des FVDZ Bayern hat beschlossen, an alle bayerischen Zahnärztinnen und Zahnärzte zu appellieren, die von uns geplante Plakataktion (OPT OUT) zum Widerspruch gegen die verpflichtende Nutzung der elektronischen Patientenakte (ePA) zu unterstützen, weil sie aus Sicht des FVDZ Bayern die Sicherheit der Gesundheitsdaten aller Versicherten gefährdet. Wir treten in Vorlage, nehmen auch Geld in die Hand, um diese Kampagne auf den Weg zu bringen. Bei dieser Aktion möchten wir alle Verbände, Vereine, Körperschaften in Bayern mit ins Boot holen. Ich spreche hier alle Vorsitzenden und Präsidenten an, sich mit uns einzubringen. Wir sind ein zu kleines Rädchen im Getriebe des Gesundheitssystems, um nicht gemeinsam aufzutreten. Uns zu zerstreiten,

weil es unterschiedliche „Parteien“ gibt, macht unter diesem Aspekt keinen Sinn. Wir alle wollen für unseren Berufsstand das Beste, also müssen wir auch zusammen handeln.

BZB: Was wäre Ihr Wunsch, wenn Sie einen frei hätten?

Deffner: Das ist ein sehr kleiner – eigentlich! Ich möchte, dass sich die zahnärztlichen Körperschaften in ihrer Arbeit konstruktiv ergänzen und zusammenarbeiten. Das Dach „Die Bayerischen Zahnärzte“ muss alle zahnärztlichen Selbstverwaltungen einen. Wenn wir das nicht hinkriegen, brauchen wir uns nicht zu wundern, warum wir auch sonst nichts erreichen und die Politik uns nur zuhört und nichts unternimmt.

BZB: Vielen Dank für dieses spannende Gespräch!

Anita Wuttke
Freie Journalistin



„Die Gesundheitspolitik wirkt sich nicht förderlich auf die Niederlassungsbereitschaft aus“, meint Dr. Christian Deffner, neuer Landesvorsitzender des FVDZ Bayern.